



Auf dem Zahnfleisch zum Zeltlager

Teure und weniger Ferienfahrten für Kinder und Jugendliche erwartet der **Landesjugendring Berlin** für 2023. Der Grund: Berlins Energiekostenhilfe greift nicht für die typischen Angebote der 37 Jugendverbände. Der Landesjugendring Berlin fordert das Land Berlin auf, bei der Energiekostenhilfe nachzubessern – gerade vor den Sommerferien.

Der Eintopf beim Feriencamp mit hundert Kindern und Jugendlichen im Thüringer Wald, das Bahnticket zur Jugendbegegnung nach Paris, der Sprit für den Sprinter, mit dem die Zelte zum Lagerplatz in Brandenburg transportiert werden: Alles wird teurer. Berlins Energiekostenhilfe hilft dabei jedoch nicht weiter. Eigentlich sollen die Hilfen auch die steigenden Ausgaben von Vereinen und Verbänden abfedern. Berücksichtigt werden dabei aber nur Strom und Wärme, zum Beispiel für die Büroräume der Jugendverbände oder die Räume von Jugendclubs. Angebote, die außerhalb stattfinden, bekommen keine direkte Unterstützung.

„Jugendverbände machen Kindern und Jugendlichen viel weniger Angebote an einem bestimmten Ort als zum Beispiel Jugendclubs“, betont **Tilmann Weickmann**, Geschäftsführer des Landesjugendring Berlin. Die Jugendarbeit in Berlin sei aber sogar gesetzlich verpflichtet, so genannte „Erholungsfahrten und -reisen, internationale Jugendbegegnungen und Seminarfahrten, aber auch andere mobile Angebote“ für junge Menschen anzubieten. So steht es im Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG § 6c). Diese Angebote müssen darum auch Anspruch auf die Energiekostenhilfe haben, fordert der Landesjugendring Berlin vom Land. Basis ist ein Beschluss seiner Mitgliederversammlung, gefasst von 37 Berliner Jugendverbänden. Viele von ihnen sind bereits in die Planung für Kinder- und Jugendfreizeiten in den Sommerferien gegangen.

„Feriencamps, Gruppenfahrten oder Jugendbegegnungen sind von den Energiekostensteigerungen massiv betroffen“, beklagt Weickmann. Rund 850 solcher Angebote für 25.000 junge Berlinerinnen und Berliner böten die Jugendverbände pro Jahr an. Es sei fachlich nicht begründbar, dass es dafür keine Hilfen gäbe. In der Folge befürchten die Jugendverbände, dass sie diese Angebote 2023 stark reduzieren oder die Teilnahmebeiträge um bis zu 25 Prozent erhöhen müssen. Ferienfahrten können sich dann

nur noch wohlhabende Eltern für ihre Kinder leisten. „Bieten die Jugendverbände weniger Ferienfahrten an, wird das Land Berlin seine eigens festgelegten Ziele für die Menge solcher Fahrten weiter unterschreiten“, so Weickmann. Einer wachsenden Zahl junger Menschen in Berlin steht dann eine sinkende Zahl von Angeboten der Jugendarbeit gegenüber.

Quelle: Landesjugendring Berlin



Quelle: Staaken Info

Nicht alles, aber vieles war früher besser. Zum Beispiel die Ferienangebote der Bezirke. Als West-Berlin noch eingemauert war, gab es viele Projekte, durch die die Kinder der Stadt hier mal für ein paar Wochen rauskamen. Auch wenn Begriffe wie „Zeltlager“ oder „Ferienmaßnahme“ sehr nach Verwaltungsdeutsch klingen, so waren diese Angebote sehr beliebt, gerade für Familien, die es nicht so dicke haben.

Der Autor dieses Beitrages hat in seiner beruflichen Tätigkeit für ein Jugendamt Ferienfahrten für Kinder zum Beispiel an den Baldeneysee in Essen oder nach Otterndorf bei Cuxhaven betreut. Hunderte von Kindern nahmen mit Begeisterung daran teil. Für sie war es teilweise das erste Mal, dass sie aus Berlin rauskamen.

Aber auch in Berlin, beispielsweise am Wannensee und auf Schwanenwerder hieß es „Kinder in Licht, Luft und Sonne.“ Auf Schwanenwerder fand darüber hinaus ein Internationales Jugendcamp mit Teilnehmenden aus vielen Ländern statt. Jugendbegegnungsreisen wurden auch ins Ausland durchgeführt. Nach der Wende wurden diese Angebote immer weiter runtergefahren. Warum eigentlich? Das war genauso unsinnig, wie die schnelle Abschaffung der Berlin-Zulage durch Bundeskanzler Kohl. Als wenn das Leben in West-Berlin durch die Wiedervereinigung preiswerter geworden wäre.

Es sind viel zu häufig nur Lippenbekenntnisse, wenn es um die Zukunft, also die Kinder geht. Vom großen Kuchen der Milliardenpakete, bleiben für die Kinder nur Krümel übrig. Zeit für eine Zeitenwende, lieber neuer Senat.

Ed Koch